



## 9. Kohäsionsbericht der EU-Kommission

Die Europäische Kommission hat am 27. März 2024 ihren 9. Kohäsionsbericht zur Wirksamkeit europäischer Regionalpolitik veröffentlicht. Er enthält nicht nur eine Analyse der bisherigen Erfolge europäischer Regionalförderung, sondern gibt auch einen ersten Einblick in die Pläne der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung für die Zukunft der Kohäsionspolitik. Aus kommunaler Sicht lassen sich aus dem Bericht wichtige Argumente für eine noch wirksamere zukünftige Förderung und einen starken Einbezug der Kommunen bei der Mitgestaltung der Förderprogramme ableiten.

### Hintergrund

Die Strukturpolitik der EU, auch Kohäsionspolitik genannt, ist zentrales Mittel der EU-Politik, um sicherzustellen, dass sich alle Mitgliedsstaaten und Regionen innerhalb der EU gemeinsam entwickeln und sich weniger entwickelte bzw. strukturschwächere Regionen unterstützt werden. Ein maßgeblicher Anteil an EU-Mitteln fließt den entsprechenden Förderprogrammen wie dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zu.

Alle drei Jahre veröffentlicht die Kommission ihren Kohäsionsbericht, der den aktuellen Stand des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU bewertet, die erzielten Fortschritte und die daraus gezogenen Lehren darstellt und die Rolle der EU als Motor regionaler Entwicklung aufzeigt. Der datengestützte Bericht analysiert die Entwicklung anhand von Indikatoren wie Wohlstand, Beschäftigung, Bildungsniveau und Governance. Im 9. Kohäsionsbericht zieht die Kommission nun Bilanz über bisherige Errungenschaften ihrer Kohäsionspolitik, aber auch über deren Grenzen. Der Bericht geht auf wirtschaftliche und soziale Dimensionen, territorialen Zusammenhalt sowie auf den grünen, digitalen und demografischen Wandel ein.

### Grundsätze der Kohäsionspolitik laut Bericht

Im Einklang mit den Forderungen der Kommunen, u. a. formuliert durch den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), in dem auch der DStGB Mitglied ist, enthält der 9. Kohäsionsbericht mehrere wichtige Grundsätze und Grundlagen der europäischen Kohäsionspolitik, die auch in Zukunft Bestand haben sollen. Der Bericht beginnt mit einem wichtigen Bekenntnis: „Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt ist ein europäisches öffentliches Gut.“ Der ortsbasierte Förderansatz wird betont, um die Investitionen in Projekte und Infrastrukturen vor Ort zu verwirklichen, aber auch um Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen entgegenzuwirken.

Das Ziel, Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen zu verringern, ist nach wie vor gültig. Es wird anerkannt, dass die Marktkräfte allein nicht ausreichen, um die Vorteile des Binnenmarktes gerecht zu verteilen und eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU wird weiterhin das Leitprinzip der Politik sein, und die dort genannten spezifischen Gebiete mit besonderem Unterstützungsbedarf wie ländliche Gebiete sollen weiterhin aufgrund ihrer besonderen Herausforderungen unterstützt werden.

Zudem wird die langfristige Dimension der Kohäsionspolitik bekräftigt. Dem Partnerschaftsprinzip, also der Mitwirkung relevanter Stakeholder und Verwaltungsebenen an der programmatischen Ausgestaltung der Förderprogramme wird ebenso ein Abschnitt gewidmet wie der wichtigen Befähigung der Akteure an den Programmen auch zu partizipieren.

Schließlich wird betont, dass die Förderung des Zusammenhalts in der EU nicht allein in der Verantwortung der Kohäsionspolitik liegt und andere EU- (und nationale) Politiken ebenfalls eine territoriale Dimension beinhalten sollten.

### **Identifizierung künftiger Herausforderungen**

Der Bericht stellt fest, dass trotz der Erfolge der Kohäsionspolitik nach wie vor große territoriale Disparitäten in der EU bestehen. Der grüne und der digitale Wandel bergen das Potenzial für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, aber haben auch ihre eigenen Herausforderungen. Hierzu zählt das Risiko, dass Klimawandel und Digitalisierung territoriale Ungleichheiten verstärken, wenn sie nicht mit angemessenen öffentlichen Maßnahmen und Investitionen angegangen werden.

Die Europäische Kommission erkennt an, dass Regionen und gerade die Kommunen eine zentrale Rolle bei der regionalen Entwicklung spielen.

### **Analyse des RGRE zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027**

Nach einer Analyse des RGRE lassen sich aus dem 9. Kohäsionsbericht die folgenden Punkte ableiten, die wahrscheinlich in den kommenden Kommissionsvorschlag für den Förderzeitraum 2028 – 2034 einfließen werden:

- Die Kohäsionspolitik wird wahrscheinlich weiterhin auf der Ebene der NUTS2-Regionen basieren (in Deutschland ist dies im Regelfall die Ebene der Regierungsbezirke). Dennoch soll eine noch stärker ortsbezogene Förderpolitik in Anlehnung an das Modell des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) eröffnet werden.
- Ermöglichung eines proaktiveren Ansatzes der Förderpolitik für Regionen, die vor künftigen Herausforderungen stehen (beispielsweise Regionen, die in besonderer Weise durch die Transformation der Automobilwirtschaft betroffen sind). Dieser Ansatz kann auch eine stärkere Verknüpfung von Investitionen und Reformen umfassen.
- Eine verstärkte Förderung regionaler Zusammenarbeit, insbesondere grenzübergreifender Programme.
- Eine Vereinfachung der Fördersystematik, anlehnend an Verfahren i. R. des Kriseninstruments der so genannten Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF).
- Eine höhere Flexibilität zwischen Programmen für unvorhergesehene Umstände, womit eine Umverteilung von Mitteln verbunden sein könnte. Dies geschah auch jüngst im Zuge der Krisen durch die Corona-Pandemie und in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.
- Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die Interessengruppen und die Sozialpartner in Europa hatten immer wieder auf ihre teilweise unzureichende Beteiligung hingewiesen und an das so genannte Partnerschaftsprinzip erinnert. Die Kommission betont in dem Bereich, das weiter Ziel sein muss, subnationale Behörden und andere relevante Stakeholder einzubeziehen und die Multi-Level-Governance zu verbessern.
- Es ist zu erwarten, dass ein noch stärkerer Wert auf die Steuerung der Programme und den Aufbau von Verwaltungskapazitäten vor Ort gelegt wird, um die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes zu erhöhen.

### **Anmerkung:**

Im 9. Kohäsionsbericht ist die subnationale und lokale Dimension, also die Rolle der Kommunen sehr präsent. Dies ist zu begrüßen. Die Schlüsselrolle der Kommunen bei der Erreichung der Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU wird auch in dem Bericht betont. Wichtig wird, dass sich dies auch im Kommissionsvorschlag für die EU-Förderperiode nach 2027 widerspiegelt. Notwendig sind neben gut ausgerichteten Programmen weiterhin ausreichend und explizit zugewiesene Mittel für strukturschwache und ländliche Regionen. Die Regionalförderung darf nicht von anderen Transformationsaufgaben oder einer Vermischung, beispielsweise mit der Agrar- oder Industrieförderung kannibalisiert werden.

Erwähnt und kritisiert wird in dem Bericht auch der Mangel an Steuerautonomie auf lokaler Ebene. Viele Regionen und Kommunen Europas sind zu stark auf Transfers aus den nationalen Haushalten angewiesen. Subnationale Einheiten sind nach dem Bericht im Durchschnitt jedoch für mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen verantwortlich. Eine Argumentation, welches die kommunale Ebene auch auf EU-Ebene immer wieder vorbringt, um ihre Bedeutung zu betonen.

Erfreulich ist, dass die Kommission einräumt, dass die Verzögerungen im laufenden Programm 2021 – 2027 auf die Pandemie und die Notwendigkeit, das Krisenreaktionsprogramm Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) vorzubereiten, zurückzuführen sind. Eine Verlängerung der aktuellen Programme, wie im Fall 2014 – 2020, kann darauf basierend ebenfalls argumentiert werden.

Derzeit befinden sich die Verhandlungen für die künftige Kohäsionspolitik der kommenden Förderperiode ab 2028 noch am Anfang. Es gilt nun, gemeinsam mit Bund und den Ländern für die Kommunen in Deutschland die richtigen Weichen zu stellen, damit sie auch weiterhin von einer wirksamen Kohäsionspolitik der EU profitieren.

### **Weitere Informationen:**

Kurz- und Langfassung des 9. Kohäsionsberichts sowie weitere Informationen (bislang ausschließlich in Englischer Sprache) unter: [https://ec.europa.eu/regional\\_policy](https://ec.europa.eu/regional_policy)

(Quelle: DStGB-Aktuell 1524-03)

*jl-ru*